

Theo- und Technokraten. Die islamistische Spaltung in Algerien.

von Lic. phil. Anita Glatt Benammar

Nach der französischen Kolonialherrschaft, die mit der Diskreditierung und systematischen Zerstörung sämtlicher gesellschaftlicher Strukturen verbunden war, galt die neue Staatspartei (FLN) als Hoffnungsträger. Die Kombination aus Kommando- und Klientelwirtschaft hielt das Land 20 Jahre zusammen. Als es immer weniger zu verteilen gab, verlor die Staatsklasse aus Militär und Politik nach und nach das Vertrauen der desillusionierten Bevölkerung, die sich in großen Teilen den Versprechungen neuer Wohltäter öffnete.

Im Oktober 1988 kam es in Algerien zu Unruhen, die im Anschluss an Streiks als Studentenunruhen begonnen hatten. Diese waren Ausdruck sich seit den 80er Jahren verschlechternden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie der alarmierenden Verschärfung der sozialen Krise (Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, fehlende Infrastruktur) in deren Folge die Unterschichten, aber auch Teile der Mittelschicht zunehmend verarmten. Vor diesem Hintergrund verlangten die algerischen Islamisten nach einem politischen und sozialen Projekt, welches auf der islamischen Tradition beruhen sollte. Dabei grenzen sie sich sowohl von "archaischen" Formen des Volksislam als auch vom offiziellen etablierten Islamverständnis ab, das lange vor den Islamisten von der staatlichen Einheitspartei für ihre Zwecke instrumentalisiert wurde. Es geht ihnen um die Erringung des Monopols über den religiösen Einfluss, welches seit der Erlangung der Unabhängigkeit beim Staat liegt. Deshalb predig(t)en sie ihre Ideologie in den sog. "wildem", d.h. nicht offiziell bewilligten Moscheen.

Der algerische Islamismus stellt weder den Versuch theologischer Erneuerung noch einer Spiritualisierung einer sinnentleerten Lebenswelt dar. Er ist auch kein Versuch der Synthese von Errungenschaften der Moderne mit der überlieferten Tradition. Er bedient sich zwar der religiösen Sprachsymbolik aber gleichzeitig hat er nur im Kontext der Entwurzelung und der sozialen Marginalisierung der jungen algerischen Generationen Erfolg.¹ Zur allgemeinen Stimmungsmache und Aufwiegelung moralisiert er gegen den postkolonialen autoritären Staatsapparat und sein Versagen, ohne sich jedoch selbst von einem autoritären Gesellschaftsprojekt zu distanzieren oder griffige Konzepte zu alternativen Entwicklungswegen vorlegen zu können. Allgemeines Ziel der Bewegung ist die Übernahme der politischen Herrschaft zwecks Durchsetzung islamischer Normen innerhalb eines islamischen Staates. An die Stelle von korrupten Regimen sollte die legitime und gerechte Herrschaft Gottes treten. Die Islamisten glauben, durch die bloße Tatsache einer Machtübernahme – sei es auf dem Wege von Umsturz oder demokratischer Wahlen - die Voraussetzungen für die Einheit von Islam und Umma resp. von Religion und Politik schaffen zu können. Einzig unter ihrer Herrschaftsgewalt könne die alltagsbestimmende Stellung des Islam durchgesetzt und damit die aktive Wiederbelebung verlorener Authentizität (arab. *assala*) garantiert werden. Ausschliesslich auf der Grundlage einer Renaissance der Gesellschaft (arab. *nahda*) könnten die Ursachen der vielschichtigen Krise beseitigt werden.

Im Anschluss an die Unruhen 1988 gelang der Heilsfront (Front Islamique du Salut) eine enorme Massenmobilisierung, weil sie den Unmut der Bevölkerung gegen die herrschenden Misstände auffangen und sich zum politischen Sprachrohr machen konnte. Der algerische Islamismus begann als eine erfolgreiche soziale Bewegung, deren Basis nicht nur aus Teilen der Unterschichten bestand, sondern alle Modernisierungsoffer, auch die vom sozialen Abstieg betroffenen Mittelschichten, umfasste. Indem die Heilsfront erstmals die allgemeine Verelendung der Bevölkerung öffentlich thematisierte und die Frage der sozialen Gerechtigkeit in den Mittelpunkt ihrer Predigten stellte und schliesslich auf Worte auch Taten folgen liess. Dazu zählten direkte Hilfeleistungen an die notleidende Bevölkerung wie die Organisation von Märkten mit subventionierten Lebensmitteln während des Fastenmonats, der Unterhalt von Schulbussen,

¹ Schätzungen zufolge waren Mitte der 1990er Jahre 2/3 der Menschen unter 25 Jahren arbeitslos. Tendenz steigend (vgl. iz3w Nr. 239).

Seelsorge , Erdbeben-und Katastrophenhilfe etc. Mit ihnen verschaffte sie sich enorme Popularität und wurde zum allgemeinen Hoffnungsträger. Die Thematik der sozialen Ungleichheit diente der breiten Mobilisierung der sozialen Basis, die Kluft zwischen Armen und Reichen, zwischen Ausgeschlossenen und Profiteuren des Systems als Anschauungsbeispiel einer ungerechten Gesellschaft.

1989 ging aus der sozialen Bewegung unter gleichem Namen eine legale Parteiunter dem Vorstand von Cheikh Abassi Madani. Professor für Erziehungswissenschaften, hervor. Die Heilsfront hat in der Zeit von September 1989 bis März 1992, in der sie legal zugelassen war, keinen Parteitag durchgeführt und kein detailliertes politisches Programm ausgearbeitet.² Als Grunddokument gilt ein Programmentwurf von 16 Seiten. Wesentliche Bereiche wie Wirtschafts- und Aussenpolitik bleiben schwammig. Die Präambel zeugt vom einfältigen Glauben, durch eine Moralisierung von Politik und Gesellschaft die anstehenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme in den Griff zu bekommen.³

Der Schritt zur Institutionalisierung als legale Partei brachte inhaltliche Divergenzen endgültig ans Tageslicht. Die Heilsfront zerfiel in zwei Flügel: dem Flügel der kompromisslosen Theokraten (Salafiyya), welche das Ideal eines islamischen Staates realisieren wollten, standen die Technokraten (Djazaira), welche sich für einen modernisierenden Staat, die Befürwortung technologischer Errungenschaften und die Errichtung einer pluralistischen Demokratie einsetzten, gegenüber. Die Nichtanerkennung des Wahlsieges der Heilsfront vom Dezember 1991, ihr offizielles Verbot und die anschliessend einsetzende Repression von Seiten des Staates gegen Aktivisten und Anhänger zwang nicht nur die Parteiführung, sondern ganze Teile der Bewegung in den Untergrund. Bald nach Verhängung des Ausnahmezustandes im Januar 1992 brach die Heilsfront entlang ihren ideologischen Lagern entzwei: gemässigte Teile des Technokraten-Flügels unter Führung des Petrochemikers Abdlekader Hachani setzten auf Gewaltlosigkeit, Dialog und eine legale politische Reintegration. Teile aus den Reihen der Theokraten hingegen radikalisierten sich unter Führung des Imam und Lehrers Ali Belhadj und riefen zum bewaffneten Widerstand im Sinne eines offensiven Djiha auf: die Armée Islamique du Salut (AIS) entstand, bald darauf die weitaus extremeren Groupes Islamiques Armées (GIA). Letztere richteten ihre Terrorstrategien nicht allein gegen staatliche und militärische Einrichtungen, sondern gegen alle, die im Verdacht stehen, sich den Geboten eines Gottesstaates nicht zu beugen. Auch die Aktivisten und Angehörigen des Technokraten-Flügels der Heilsfront wurden zur Zielscheibe der GIA.

Die nach aussen als Einheit auftretende Heilsfront hielt sich lange damit zurück, Gewaltakte deutlich zu verurteilen. Während sie 1992 im Rahmen der angewandten "stratégie sécuritaire" des Staates verboten wurde und sogar Angehörige von Heilsfront-Aktivisten oder WählerInnen vor Verfolgung nicht sicher sein konnten (vgl. iz3w 211), gelang es den "gemässigten" islamistischen Parteien, sich im Zuge der Demokratisierungsschritte unter dem damaligen Präsidenten Liamine Zéroual ins politische System zu integrieren. Parteien wie das Mouvement Pour Une Société de Paix

² Als Ziele der Partei können genannt werden: Einheit von Islam und Umma; Scharia als Grundlage aller Gesetze (lediglich das Familiengesetz von 1984 ist nahe an die Scharia angelehnt); Förderung der arabisch-islamischen Kultur und Identität; Arabisierung Verhinderung von Individualismus zugunsten der Gemeinschaft und der Gruppenarbeit (bei Ablehnung des Sozialismus); Ablehnung von Berberforderungen; Bekämpfung der Korruption und Günstlingswirtschaft; Förderung der Privatisierung; Stärkung der traditionellen Rolle der Frau; Eintreten für Geschlechtertrennung (z.B. in den Schulen); Wahlmöglichkeit durch einen bevollmächtigten Stellvertreter im Wahlgesetz (nach Sigrid Faath, Algerien..., Mitteilungen 40, Deutsches Orient-Institut 1990 und Werner Herzog: Algerien. Zwischen Demokratie und Gottesstaat, München 1995).

³ "In einem Augenblick, wo das Regime unfähig ist, die mehrfache Krise zu bewältigen (...), fragt sich das algerische Volk, welches die geeignetsten Lösungen für einen Erneuerungsprozess sind, der am Ende zu einer demokratischen und pluralistischen Konfrontation (...) Der Misserfolg der verschiedenen westlichen und östlichen Ideologien verpflichtet uns, zur Rettung unserer historischen und zivilisatorischen Errungenschaften sowie der gesellschaftlichen und natürlichen Reichtümer von äusseren und inneren Gefahren unsere Religion anzuwenden." (zit nach Herzog)

(MSP), ehemals Hamas, oder die En-nada versuchten in den Parlamentswahlen 1997, das Wählerpotential der Heilsfront zu nutzen und die ehemaligen FIS-Wähler für sich zu gewinnen. Was diesen, von den politischen Machträgern tolerierten Parteien jedoch verwehrt bleibt, ist die mobilisierend wirkende offene Kampfansage an die "verwestlichte" und parasitäre Staatsklasse. Ihr politischen Programme entsprechend gemässiger aus als die unverhehlten Ziele von islamistischen Bewegungen im Untergrund.

So beanspruchen bis heute verschiedene Parteien und eine steigende und unkontrollierte Zahl von Oppositionsgruppen im Untergrund⁴ die islamistische Ideologie für sich. Über Ziele und Mittel zur Zielerreichung waren sich die verschiedenen islamistischen Gruppierungen und Parteien noch nie einig: Sollen sie die Gesellschaft von unten islamisieren oder von oben einen islamischen Staat oktroyieren? Können sie einen legalen und pazifistischen Weg zum Ziel suchen oder müssen die Machträger mit Gewalt entmachtet werden? Ist die Wiedererrichtung der Umma und des Kalifats im Rahmen eines Panislamismus oder im Rahmen eines algerischen Nationalismus anzustreben?

Was haben die algerischen Islamisten zum notwendigen Mentalitätenwandel zu sagen, der weg von den Prinzipien Klientelismus, Vetternwirtschaft und Selbstjustiz führen kann? Was haben sie zur sozialen Frage, mit der sie angetreten sind zu sagen? Spielt die noch eine Rolle?

Während die radikalen Gruppen als Banden auftreten, die in ihrem Herrschaftsgebiet als materielle Wohltäter auftreten (s. iz3w Nr. 225 u. Überblick 4/1999) und sich zusammen mit ihrer Gewalt die Gefolgschaft verschaffen, was ist mit den gemässigten?

Die besonders in den Städten ausgeprägten sozialen Ungleichheiten und Missstände waren ausschlaggebend für den Erfolg der Heilsfront, welche von der breiten Bevölkerung als einzig vorhandene Alternative zum Einheitsparteienstaat und als Hoffnungsträger aus der vieldimensionalen Krise wahrgenommen wurde.⁵ In der Phase der Rekrutierung und Mobilisierung für die Massenbewegung und später im Vorfeld der Wahlen stand die soziale Frage verknüpft mit dem Thema der Moral im Mittelpunkt der Polemik der Prediger. Sie versprachen, sich – notfalls mit Gewalt - für eine Moralisierung der Gesellschaft von unten als auch von oben und damit für mehr soziale Gerechtigkeit einzusetzen, z.B. durch die Wiedereinführung der durch die Scharia vorgeschriebenen Armensteuer (arab. *zakat*): Wohlhabendere Gesellschaftsmitglieder würden grundsätzlich dazu verpflichtet, ihren ärmeren Mitmenschen von ihrem Reichtum etwas abzugeben. Bereits dem Parteiprogramm der Heilsfront ist jedoch zu entnehmen, dass die moralische und identitäre Frage dominiert, währenddessen es der Partei während ihrer legalen Periode aufgrund interner Querelen nie gelang, konkrete Reformschritte zur Behebung der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Probleme zu formulieren. Ein grundsätzliches Problem bestand ausserdem in der Zwitternatur der Heilsfront zwischen Partei und sozialer Bewegung: die Bewegung blieb stets viel radikaler in ihren Forderungen als sich das die legalisierte Parteiführung leisten konnte. Nachdem die Heilsfront in den Untergrund gezwungen worden war und aus ihre viele z.T. aktivistische Splittergruppen hervorgangen sind, dominieren vermutlich vordergründig kaum mehr Reformgedanken zur Lösung der sozialen Frage, sondern vielmehr Rache-, Sabotage- und Umsturzstrategien. Davon zeugen die zahlreichen, selbst nach Ablauf der Frist der "Concorde civile" nicht abreissenden Anschläge auf Sicherheitskräfte und staatliche Einrichtungen.

Anders bei den sog. gemässigten Islamisten, welche sich ins politische System integrieren konnten. Auch beim MSP steht die Moralisierung der Gesellschaft durch Islamisierung im Vordergrund. Im Zuge einer Moralisierung von unten verspricht man sich einen Erfolg in bezug auf die Lösung der sozialen Probleme. Als vielversprechende Zielgruppe werden Frauen angeworben, welche sich eine

⁴ Neben der Armée Islamique du Salut (AIS) unter der Führung von Madani Mezrag und den verschiedenen Gruppierungen der GIA: die Katibat El Ahoual, die Katibat El Mout und Katibat En Nasr, letztere unter Hamid Mouffok u.a.m., gibt es die Groupe salafiste pour la prédilection et le combat (GSPS) unter Hassan Hattab; die Ligue islamique de la Daâwa et du Djihad (LIDD) unter Ali Ben H'Djar.

⁵ Die demokratischen Bewegungen wurden seit der Unabhängigkeit stark unterdrückt. Nach der Boumediene Ära wurden die Islamisten gar zeitweise toleriert, weil man ein politisches Gegengewicht zu den Demokraten aufbauen wollte. Zum Zeitpunkt der Wahlen waren die demokratischen Kräfte (FFS, RCD) relativ schwach und wurden von ihren Gegenseitern bewusst öffentlich (als Separatisten) diffamiert.

Erweiterung ihrer reproduktiven Rolle erhoffen: bei den gemässigten Islamisten wird der Frau die Pflicht zur religiösen Bildung zwecks Vermittlung islamischer Werte an ihre Kinder zuerkannt. In erweiterter Form kann dies bis zur Ämterbesetzung innerhalb einer islamistischen Partei führen. Bildungspflicht bedeutet für die Frauen aber, dass sie das Haus verlassen dürfen. Darin liegt ein Stück neue Freiheit, ohne die traditionelle Rolle der Frau in Frage zu stellen resp. die Männerwelt aufzuwiegen.

Dieser Artikel erschien Feb./März 2000 in *iz3w 243 / Marsch in die Institutionen? Islamistische Bewegungen*. Gefunden unter

https://www.iz3w.org/zeitschrift/ausgaben/243_islamistische_bewegungen

Anita Glatt Benammar ist Soziologin am Institut für Soziologie der Universität Basel.